

Amtliche Bekanntmachung

Endgültige Beschlüsse aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg am 04. Nov. 2009 im Bürgerhaus (Limes-Forum)

*Die Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg hat in ihrer Sitzung am 04. November 2009 nachfolgend aufgeführte Beschlüsse **einstimmig** gefasst.*

Die Gemeindevertretung hat auf Empfehlung des Umwelt- und Bauausschusses beschlossen die nachfolgenden Anträge der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne zum Haushaltsplan 2008 für erledigt zu erklären:

- a) Aufstellung wetterfester Tisch- und Sitzgruppen auf dem Platz Im Römerkastell
- b) Antrag Nr. 24; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Ausführung des 1. Bauabschnittes eines neuen Radweges im Bereich des Abwasserkanals am Main

Antrag der FDP-Fraktion aus der Sitzung der Gemeindevertretung am 11. 03. 2009; Einrichtung einer Koordinierungsstelle für das Großkrotzenburger Jugendforum (Antrag der FDP-Fraktion)

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, der Gemeindevorstand wird beauftragt bis zum nächsten Jugendforum eine Person zu suchen, die sich bereit erklärt auf Honorarbasis ein „Projekt“ (wie z. B. die Errichtung einer Grillhütte) bis zur Realisierung zu begleiten. Die Person soll zunächst ein Projekt, das von den Jugendlichen im Jugendforum vorgeschlagen wird, betreuen. Zur Finanzierung ist die Kostenstelle „Jugendforum“ mit den dort veranschlagten 5.000 Euro heranzuziehen.

Beschlussfassung über die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Gemeinde Großkrotzenburg

Die Gemeindevertretung hat die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuersatzung im Gebiet der Gemeinde Großkrotzenburg in der vorgelegten Fassung gemäß der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossen. *(Siehe auch Veröffentlichung in dieser Ausgabe des Amtlichen Mitteilungsblattes „Freitag Aktuell“)*

Beschlussfassung über die Neufassung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Großkrotzenburg

Die Gemeindevertretung hat die Neufassung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Großkrotzenburg in der vorgelegten Fassung gemäß der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossen. *(Siehe auch Veröffentlichung in dieser Ausgabe des Amtlichen Mitteilungsblattes „Freitag Aktuell“)*

Antrag der CDU-Fraktion;

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenbeigeordneter“ (posthum) an den verstorbenen Gemeindevertreter Herrn Norbert Majunke

Die Gemeindevertretung hat beschlossen dem am 27. Juni 2009 verstorbenen Gemeindevertreter Herrn Norbert Majunke posthum die Ehrenbezeichnung „Ehrenbeigeordneter“ zu verleihen. Die Verleihung der Ehrenbezeichnung erfolgt an die Angehörigen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 11. Dezember 2009.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne; Schaffung eines elektronischen Zugangs für die Parlamentarier/innen auf die Sitzungsunterlagen

Antrag der SPD-Fraktion;

Neugestaltung des Internetauftrittes der Gemeinde

Die Gemeindevertretung hat die Verweisung der beiden vorstehend aufgeführten Anträge an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung beschlossen.

Antrag der SPD-Fraktion

Information über das geplante Wasserkraftwerk an der Staustufe Großkrotzenburg

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, der Gemeindevorstand wird beauftragt mit dem Unternehmen JUWI-Holding AG in Wörrstadt Kontakt aufzunehmen, damit in einer Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses über das geplante Wasserkraftwerk an der Staustufe Großkrotzenburg informiert werden kann.

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen der Gemeinde Großkrotzenburg für das Haushaltsjahr 2010

Die Gemeindevertretung hat den vom Gemeindevorstand festgestellten Entwurf des Investitionsprogramms und den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit Anlagen zur Kenntnis genommen und hat diese mit dem Entwurf der Ergebnis- und Finanzplanung an alle Ausschüsse zur weiteren Beratung verwiesen.

Aufstellung einer Abrundungssatzung nach § 34 (4) Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

Die Gemeindevertretung hat beschlossen der geplanten Aufstellung einer Abrundungssatzung nach § 34 (4) Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zur Erweiterung des Seniorenpflegeheimes Theresa GmbH in der Hanauer Landstraße zuzustimmen.

Vorlage des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes des Main-Kinzig-Kreises über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Großkrotzenburg für das Haushaltsjahr 2007

Die Gemeindevertretung hat beschlossen den Schlussbericht des Amtes für Prüfung und Revision des MK über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Großkrotzenburg für das Haushaltsjahr 2007 an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung zu verweisen.

Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung bezüglich Fortführung des Radweges entlang der L 3309 in der Ortsdurchfahrt

Die Gemeindevertretung hat beschlossen den Vorgang zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Nachfolgend aufgeführte Beschlüsse wurden von der Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg mit mehrheitlicher Zustimmung gefasst:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne

Änderung des Vergabewesens von Großkrotzenburg

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, der Gemeindevorstand wird beauftragt, das Vergabewesen von Großkrotzenburg dergestalt zu ändern, dass bei öffentlichen Aufträgen in Zukunft soweit möglich auf Produkte verzichtet wird, die mit Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. Dies soll durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder einer Selbstverpflichtungserklärung des Vertragspartners gewährleistet werden. Die Vertragspartner der Gemeinde Großkrotzenburg sind über diesen Beschluss zu informieren. Die Gemeindewerke werden angeregt, entsprechend zu verfahren.

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne
Weitergabe von Informationen und Hinweisen bei Belegung von Grabstätten über die
Produktion von Grabsteinen durch Kinderarbeit**

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, der Gemeindevorstand wird beauftragt, bei der Belegung einer Grabstätte bzw. bei der Vergabe von Nutzungsrechten an Grabstätten Informationen über die Produktion von Grabsteinen durch Kinderarbeit und Hinweise über die Zertifizierungsmöglichkeiten von Grabsteinen zu geben. Der Gemeindevorstand soll weiterhin prüfen, ob die Möglichkeit besteht, in einem Schaukasten auf dem Friedhof zusätzlich die Problematik betreffende Informationen auszustellen. Der Antrag ist im Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport, Kultur und Vereine zu behandeln.

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne
Weitergabe von Fundfahrrädern nach Ablauf der gesetzlichen Frist**

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, gut erhaltene Fahrräder, die von ihrem ursprünglichen Eigentümer verloren wurden oder zukünftig verloren werden und daraufhin gemäß §§ 973 Abs. 1, 976 Abs. 1 BGB Eigentum der Gemeinde wurden oder werden, werden an Einrichtungen und Vereine verschenkt, die diese gebrauchen können (z.B. Franziskushaus in Hanau, Rumänienhilfe etc.).

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mit entsprechenden Einrichtungen und Vereinen in Kontakt zu treten und herauszufinden, ob ein Bedarf besteht. Besteht ein Bedarf, übereignet der Gemeindevorstand die Fahrräder nach eigenem Ermessen.

Zusätzlich wird der Gemeindevorstand beauftragt, in Erfahrung zu bringen, ob sich „Sponsoren“ finden lassen, die die Fahrräder vor Übereignung an die Einrichtungen und Vereine bezüglich ihrer Verkehrstüchtigkeit überprüfen und gegebenenfalls Reparaturleistungen finanzieren würden. Von diesem Antrag nicht betroffen, sind Fahrräder, die sich in schlechtem Zustand befinden.

Platz „Im Römerkastell“;

Änderung der Katasterbezeichnung und der postalischen Adresse

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, ihren Beschluss vom 23. 09. 2005 zum Antrag A 078/2005 dahingehend zu präzisieren, dass der Platz zwischen dem Theodor-Pörtner-Haus und dem Heimatmuseum (bestehend aus den betroffenen Flurstücken 333/3 und 333/4 in der Flur 13) zukünftig offiziell mit „Im Römerkastell“ bezeichnet wird und dazu das Liegenschaftskataster und das Liegenschaftsbuch entsprechend zu ändern sind.

Die postalische Anschrift der Anlieger Heimat- und Geschichtsverein, Aquarien- und Terrarienfreunde, Partnerschaftskomitee und Gemeindebücherei ist entsprechend abzuändern.

Ausweisung von Straßen als verkehrsberuhigter Bereich;

(Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU u. Krotzebojer Grüne);

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, den Bereich der Albert-Einstein-Straße von der Einmündung der Joseph-Berberich-Straße bis zum Wendehammer der Albert-Einstein-Straße sowie die Steingasse als sog. „Verkehrsberuhigte Bereiche“ auszuweisen.

Folgekostenberechnung für Investitionen der Gemeinde; (Antrag der FDP-Fraktion)

Die Gemeindevertretung hat beschlossen, den vorstehenden Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen. Der zuvor gestellte Änderungsantrag der FDP-Fraktion über den Beschlussvorschlag des Ursprungsantrages abzustimmen wurde abgelehnt.

Anfragen der Fraktionen

Bürgermeister Friedhelm Engel beantwortet nachfolgend aufgeführte Anfragen wie folgt:

Anfragen der FDP-Fraktion

In der Ausgabe 41/2009 berichtete das Magazin Focus über die Gefahren von Photovoltaikanlagen im Brandfall. Die FDP-Fraktion möchte in diesem Zusammenhang wissen:

Frage:

Ist der Gemeinde diese Gefahr bekannt?

Antwort: Der Feuerwehr und dem Gemeindebrandinspektor ist diese Gefahr bekannt.

Frage:

Gibt es bei der Gemeinde oder der Feuerwehr ein vollständiges Verzeichnis über die Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet?

Antwort: Nein.

Frage:

Hat die Feuerwehr in diesem Zusammenhang Bedarf angemeldet?

Antwort: Die Feuerwehr hat keinen Bedarf an der Erstellung eines Verzeichnisses angemeldet.

Frage:

Welchen Bedarf sieht die Gemeinde?

Antwort: Dies ist der Feuerwehr nicht bekannt.

Frage:

Welche Kosten entstehen durch bereits durchgeführte oder angedachte Maßnahmen in diesem Zusammenhang?

Antwort: Es wurden bisher keine Maßnahmen zur Brandverhütung durchgeführt.

Frage:

Sind die Kosten für derartige Maßnahmen auf die Betreiber bzw. Eigentümer von Photovoltaikanlagen umlagefähig?

Antwort: Dies ist nicht bekannt.

Frage:

In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 23. April 2008 wurde ein FDP-Antrag zur Herausgabe einer neuen Informationsbroschüre über die Gemeinde abgelehnt. Es wurde zum damaligen Zeitpunkt darauf verwiesen, dass der Gemeindevorstand bereits ein ähnliches Projekt angestoßen habe. Wann ist mit dem Erscheinen dieser Broschüre zu rechnen?

Antwort: Die Gemeindeverwaltung hat im Jahre 2000, im Rahmen der 825-Jahr-Feier der Gemeinde, die letzte Ortsbürgerbroschüre herausgegeben. Der damalige Auflagenbestand ist aufgebraucht und die Neuauflage einer neuen Bürgerbroschüre mit aktuellen Informationen ist notwendig und sinnvoll. Der Gemeindevorstand hat am 15.01.2008, gemäß Vorschlag des Bürgermeisters, die Erstellung einer neuen Ortsbürgerbroschüre, beschlossen.

Der Auftrag wurde an den Verein „Basis e.V.“, der in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Workshop, ein Wiedereingliederungsprojekt für langzeitarbeitslose Menschen betreut, vergeben. Vor allem Frauen soll hier die Möglichkeit gegeben werden wertvolle Berufserfahrung zu sammeln und parallel den Europäischen Computerführerschein zu erwerben, um so ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern.

Der genannte Verein „Basis e.V.“ hat Ende des Jahres 2008 mitgeteilt, dass er von der Erstellung der Informationsbroschüre für die Gemeinde aus personellen Gründen Abstand nimmt.

Nach Gesprächen mit dem Gewerbeverein fachwerk.hhg im Frühjahr 2009 wurde deutlich, dass eine Werbefinanzierte Informationsbroschüre von den Gewerbetreibenden zum jetzigen Zeitpunkt nur sehr schwer umzusetzen ist.

Bedingt durch eine Vielzahl von Jubiläen der Ortsvereine (Anfragen der Vereine bei Gewerbebetrieben, Anzeigenschaltung in Festschriften) und die Neuauflage des gemeindlichen Ortsplans (ebenfalls aus Werbeanzeigen finanziert), wurde vereinbart und vom Bürgermeister festgelegt, dass eine Neuauflage der Informationsbroschüre der Gemeinde erst im Jahre 2010 vorgenommen werden soll.

Laut der Stellplatzsatzung der Gemeinde müssen für alle baulichen Anlagen Stellplätze zur Verfügung gestellt werden. Am Strandbad Spessartblick entsteht derzeit eine neue Gaststätte. Die FDP-Fraktion möchte in diesem Zusammenhang wissen:

Frage:

Wie viele Stellplätze werden laut Stellplatzsatzung benötigt?

Antwort: Es werden 45 Stellplätze benötigt.

Frage:

Wo sollen die benötigten Stellplätze erstellt werden?

Antwort: 4 Stellplätze entstehen auf dem Gaststättengrundstück 41 Stellplätze entstehen auf dem Geländestreifen direkt gegenüber der Gaststätte. Der Streifen befindet sich im Eigentum des Bauherren, es ist eine entsprechende Baulast auf diesem Streifen eingetragen.

Frage:

Wie soll die Zufahrt zu diesen Parkplätzen in Zeiten der Parkplatzkassierung für das Strandbad Spessartblick erfolgen?

Antwort: Die Parkplatzkassierung wird für die gemeindeeigenen Strandbadparkflächen, beginnend an der Kasse 1 des Strandbades, durchgeführt. Die Zufahrt zu den Parkplätzen des Gastronomiebetriebes ist, unabhängig von der Strandbadparkplatzkassierung jederzeit frei anfahrbar.

In diesem Sommer wurden im Strandbad Spessartblick Parkplatzgebühren erhoben. Die FDP-Fraktion möchte in diesem Zusammenhang wissen:

Frage:

An wie vielen Tagen war das Strandbad für den Badebetrieb geöffnet und an wie vielen Tagen erfolgte eine Erhebung der Parkgebühren?

Antwort: Das Strandbad Spessartblick war für den Badebetrieb an 156 Tagen geöffnet. Die Kassierung der Parkgebühren erfolgte an 60 Tagen.

Frage:

Welche Einnahmen konnte die Gemeinde durch die Parkgebühren verzeichnen?

Antwort: Die Einnahmen der Parkgebühren betragen:
brutto: 48.920,00 Euro / netto: 41.109,24 Euro.

Frage:

Welche Kosten entstanden der Gemeinde durch die Parkplatzkassierung im Einzelnen durch Personalkosten für die Kassierung und Abrechnung der Gebühren, Organisation der Dienste und anfallende Sachkosten?

Antwort: Die Personalkosten belaufen sich auf 7.221,98 Euro
Anfallende Sachkosten 1.543,22 Euro

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion stellt zur vorstehenden Beantwortung die Zusatzfrage:

Hat sich die Erhebung der Parkgebühren am Strandbad Spessartblick bewährt?

Antwort: Ja.

Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand

Bürgermeister Friedhelm Engel informiert die Gemeindevertretung wie folgt:

- Die geplanten Abbrucharbeiten für das ehemalige Schwesternhaus und den St. Vinzenz Kindergarten in der Bahnhofstraße beginnen in der 46. Kalenderwoche.
- Die Arbeiten für die Fortführung des Rad-/Gehweges in der Max-Planck-Straße beginnen ebenfalls in der 46. Kalenderwoche.
- Es wurden 2 weitere Urnenwände bestellt, die in den kommenden Wochen aufgestellt werden.
- Aufgrund der geplanten Sanierung der Deponie Eisert wurde unter dem Vorbehalt der Zustimmung der gemeindlichen Gremien, eine Stellungnahme zum Regionalen Flächennutzungsplan abgegeben.
- Für die z. Z. geführten Beschwerden hinsichtlich der starken Verschmutzung des Weges zwischen dem REWE Parkplatz und dem ehemaligen Gemeindekindergarten wird derzeit an einer Lösung gearbeitet.
- Am 21.- und 22. November wird im Rahmen der Fernwärmeverlegung die Taunusstraße gequert. Die Durchfahrt Taunusstraße wird demnach an diesem Wochenende gesperrt sein.